

## 7.2. Grazer Stadtwerke

Das gegenteilige Beispiel ist, wie oben angesprochen, Graz. Die Wasserversorgung in Graz ist Teil der Grazer Stadtwerke. Im Gegensatz zu Linz, tendieren die Grazer Stadtwerke im Wasserbereich dazu, Dienstleistungen fremd zu vergeben.

*„Die Grazer verlegen keine Rohre mehr und wechseln keine Hausanschlüsse mehr aus.“ (Interview 12)*

In der Folge ist die Beschäftigung im Bereich Wasser zwischen 1996 und 2001 um zwölf MitarbeiterInnen oder um elf Prozent zurückgegangen.

Einen ähnlichen Beschäftigungsrückgang verzeichneten auch die Wasserwerke der Stadt Wien (MA 31). Hier nahm die Zahl der Beschäftigten zwischen 1996 und 2002 um zehn Prozent ab. In absoluten Zahlen waren davon 58 Stellen betroffen.

Tabelle 7-2: Beschäftigungsentwicklung Wasserversorgung Graz und Wien

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränderung 1996-2001/02 in %
Graz	109	106	109	106	102	97	-	-11
Wien	584	568	554	553	540	534	526	-10

Quelle: Geschäftsberichte der Grazer Stadtwerke 1996-2001; MA 31 – Wasserwerke.

## 7.3. EVN und Energie Oberösterreich

Zur dritten Kategorie gehören die Energieversorgung Niederösterreich (EVN) und die Energie AG Oberösterreich.

Die im Besitz des Landes Niederösterreich befindliche Niederösterreichische Siedlungswasserbau GmbH (NÖSIWAG) wurde 2001 zum Teil durch Verkauf, zum Teil im Rahmen einer Kapitalerhöhung an die EVN abgegeben und dort in die EVN Wasser GmbH überführt (das Land Niederösterreich hält 51 Prozent der EVN AG). Betroffen waren davon 55 MitarbeiterInnen, deren Zahl sich durch den Verkauf nicht veränderte. Geändert hat sich allerdings der Auftrag des Unternehmens. Obwohl in einer privatwirtschaftlichen Rechtsform, war die NÖSIWAG ein gemeinnütziges Unternehmen mit dem primären Zweck, Gemeinden die Probleme mit der Trinkwasserversorgung hatten, mit sauberem Wasser zu versorgen. Noch in den 1950er und 60er Jahren führten Nitratverunreinigungen im Grundwasser in manchen niederösterreichischen Gemeinden zum Ausbruch epidemischer Krankheiten (vgl. <http://www.wasserwerk.at/geschichtevn.htm>). Der gemeinnützige Auftrag ergab sich nicht zuletzt dadurch, dass die Gemeinden die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen nicht finanzieren konnten und sich dieselbigen aus profitorientierter Sicht nicht rentiert hätten.